

# Courrier au BMS

## Konzernverantwortungsinitiative: «Swiss» Cigarette, eine verantwortliche Schweizer Multinationale?

Wie die von den Familien- und Kinderärzten lancierte Volksinitiative «Zum Schutz der Kinder vor Tabakwerbung» hat der Bundesrat im Mai auch die Konzernverantwortungsinitiative abgelehnt. Das dürfte in der Schweizer Bevölkerung dasselbe Unverständnis auslösen wie der 2019 beinahe geglückte Sponsoringvertrag des Schweizer Pavillons in Dubai zwischen Ignazio Cassis' Departement und Philip Morris.

Briefkastenkonzerne wie Vale in der Waadt und Glencore in Zug, die wegen Verletzungen der Menschenrechte weltweit Schlagzeilen verursachen, nehmen Schweizerinnen und Schweizer nicht als einheimisch wahr, da sie einzig wegen Steuervorteilen hier sind. Gehören aber die unter dem Namen «Swiss» Cigarette tätigen Philip Morris, British Tobacco und Japan Tobacco in eine andere Kategorie? Wie der Pharma-, Lebensmittel-, Banken- und Versicherungssektor, schaffen sie doch Arbeitsplätze und bezahlen Steuern? Mit guten Gründen misstraut die schweizerische Öffentlichkeit dieser Industrie dennoch. Nicht nur betreiben Tabakfirmen ein Geschäftsmodell, das auf der Verbreitung der Nikotinsucht unter Jugendlichen beruht. Seit Jahren täuschen sie auch Öffentlichkeit und Behörden über Toxizität und Suchtpotential ihrer Produkte und beeinflussen die Gesetzgebung [1]. Mit «Schadensminderung» spielen sie sich seit Jahren als Partner der öffentlichen Gesundheit auf, obwohl sie Massnahmen zur Eindämmung der Tabakepidemie systematisch bekämpfen. Sie verletzen damit das Recht der Menschen auf Gesundheit und das Recht auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor besonderer Gefährdung. Diese Industrie, genau wie Glencore und Vale, ist auch für Umweltschäden und Behinderung der dauerhaften Entwicklung verantwortlich [2]. Denn Tabakanbau ist mit Kinderarbeit, Pestiziden, Entwaldungen und Ausbeutung der Bauern verbunden, deren Land besser genutzt werden könnte.

Beide Initiativen verfolgen das Ziel, dass auch unser Staat Firmen klare gesetzliche Schranken setzt. Die Schweiz soll dauerhafte Entwicklung fördern und Verletzungen der Menschenrechte verhindern helfen. Dass der Bundesrat die Initiativen ablehnt, begünstigt

Gesellschaften, die von Steuervorteilen, dem besonderen Ruf und der liberalen Gesetzgebung der Schweiz profitieren wollen, deren Geschäftsgebaren aber anderswo strafbar ist. Unser Land duldet dies, wie die Tabakindustrie und die Skandale um Schweizer Grossfirmen zeigen, der Reputationsschaden ist Tatsache. Dass die Umsetzung der Initiativen als «Alleingang» die Schweizer Wirtschaft gefährde, ist Irreführung; beide Initiativen gefährden lediglich inakzeptables Verhalten. Den grössten Teil unserer Wirtschaft bilden KMUs und Unternehmen, die sich nichts vorwerfen haben. Sowohl das umfassende Werbeverbot für Tabak- und Nikotinprodukte zum Schutz der Kinder gemäss FCTC wie auch die Konzernverantwortung sind im internationalen Recht und in Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden und Deutschland sowie in der EU verankert. Durch ihr Ablehnen wollen Bundesrat und Parlament offenbar gesetzwidriges Verhalten weiterhin zulassen. In einer Zeit, die der Bevölkerung die negativen Folgen der Globalisierung bewusst macht, werden wohl Volksabstimmungen über die Initiativtexte das Abseitsstehen unseres Landes korrigieren.

*Dr. med. Rainer Kaelin, Etoy*

### Literatur

- 1 Kaelin RM. Der Staat im Staat. Schweiz Ärztzeitg. 2019;100(43):1438–40.
- 2 Sonja von Eichborn (Hrsg.). Ruinierte Natur. Entwaldung, Pestizide, und Nikotin. Unfairtobacco 2018. [www.unfairtobacco.org](http://www.unfairtobacco.org)

## Respekt gegenüber den damaligen Pionieren

Brief zu: Muggli A, et al. Einseitige Berichterstattung. Schweiz Ärztzeitg. 2020;101(9):308–10.

In Nummer 9 der Ärztezeitung nehmen Alfred Muggli und zahlreiche andere Kollegen Stellung zu den Kontroversen um die Einführung der Antidepressiva. Die aus heutiger Sicht ohne Kenntnis der damaligen Situation erfolgten Angriffe auf die in jener Zeit tätigen Kollegen machen traurig. Ich habe 1954 bis 1961 studiert. In der Vorlesung bei Prof. Stähelin in Basel und Prof. Schneider in Lausanne haben wir mitbekommen, wie hilflos die Psychiatrie damals den schweren Depressionen gegenüber war.

Ausser Psychotherapie gab es nichts. Prof. Stähelin berichtete in seiner Vorlesung, dass er in ganz schweren Fällen auch schon eine sanfte Therapie mit Morphin versucht habe. Mit einem gewissen Erfolg, aber mit Risiko!

In dieser Zeit war es wie ein Wunder, als endlich ein Antidepressivum auf den Markt kam. Es war das Tofranil von Geigy. Für die Medizin war das ein grosser Schritt. Dass diese Medikamente zuerst einmal unter klinischen Bedingungen getestet werden mussten, bevor sie auf den Markt kamen, ist doch klar. Die Kollegen, die damals bei diesem wichtigen Schritt mitgemacht haben, haben unseren Respekt verdient.

Es ist billig, die damaligen Pioniere 60 Jahre später anzugreifen!

*Dr. med. Martin Röthlisberger, Arosa*

## Es fehlen wichtige Protagonisten

Brief zu: Böhi P. Schluss mit dem Corona-Theater. Schweiz Ärztzeitg. 2020;101(29–30):895–6.

Vorab möchte ich Kollege Böhi danken für seinen mutigen und klaren Leserbrief, dem ich in jeder Hinsicht zustimme. Regie dieses Theaters führt doch die reine Angst auf allen Ebenen. Das Bühnenbild zeigt unrealistisches Sicherheitsdenken, und die Beleuchtung stammt von der Überschätzung der Gefährlichkeit des Virus. Als Dramaturgen wirken hochspezialisierte Virologen, die aber auf ihr Blickfeld beschränkt sind. Leider fehlen wichtige Protagonisten wie die Demokratie, die Grundrechte, die Synthese aller Fakten rund um das Virus, Wirtschaft und Gesellschaft, die Erkenntnis, dass unser unwürdiger Umgang mit der Tierwelt und die weltweit abgestorbenen oder abgebrannten Wälder etwas mit der Krise zu tun haben könnten. Dafür sind andere Player im Vordergrund: der Gesundheitstotalitarismus, der Seuchensozialismus und die digitale Überwachung.

Es ist zu hoffen, dass Mut, Resilienzdenken, Hoffnung und Vernunft die Regie übernehmen werden, was doch von den wirklichen Spezialisten in dieser Krise, uns Ärzten, initiiert werden könnte.

*Dr. med. Urs Siegenthaler, Port*